



Freitag, 13. Oktober 2023, 16:00 Uhr
~19 Minuten Lesezeit

Stirb langsam

Durch inszenierte Krisen soll ein großer Finanzcrash verhindert und in eine allmähliche Zerstörung der Weltwirtschaft umgewandelt werden, von der „Eliten“ profitieren. Teil 2/2.

von Ernst Hellmann
Foto: AlenKadr/Shutterstock.com

Die vorherrschende Wirtschaftsordnung, basierend auf Schulden und Ausbeutung, bricht vor unseren Augen zusammen. Dieser zyklische Zusammenbruch ist dem

System immanent. Neu ist, dass es nach diesem wirtschaftlichen Kollaps zukünftig keine Auferstehung der gegenwärtigen Herrschaftsform mehr geben wird, die auf Angst, Schulden und Knechtschaft aufgebaut ist.

Die bisherige Nachkriegsordnung – erschaffen von den Eliten

durch Gründung der Organisationen Vereinte Nationen (UN), Weltgesundheitsorganisation (WHO), Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO) und Internationaler Währungsfonds (IWF), mit dem Dollar als Leitwährung – wird demnächst mit einem totalen Niedergang des angloamerikanischen Irrwegs krachend und nachhaltig enden. Es ist zu erwarten, dass neben dem Ende der bisherigen Leitwährung auch der Euro untergeht.

Die sich beschleunigende Abkehr von den USA und dem Vereinigten Königreich Großbritannien begann 2009 mit der Gründung einer Organisation unter dem Namen BRICS. Die Buchstaben stehen für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Ihr vorrangiges Ziel: Unabhängigkeit von Weltbank und Welthandelsorganisation. Auf einem der jährlich stattfindenden Gipfeltreffen wurde 2014 die Gründung einer Entwicklungsbank als Alternative zur vom US-Dollar dominierten Weltbank beschlossen. Unter dem Motto „Verstärkte Partnerschaft für eine bessere Zukunft“ diskutieren sie bei ihren Treffen die Zusammenarbeit innerhalb der BRICS, wobei besonders die Bewahrung des Friedens, der Stabilität sowie Austausch der Humanität ihre bedeutenden Ziele sind. Beim 14. Gipfeltreffen im Juni 2022 richtete Peking ein virtuelles Treffen aus. Die Vertreter der Staaten haben sowohl über die Perspektiven der BRICS-Kooperation als auch über die aktuellen internationalen und

regionalen Themen beraten.

Dazu gehören unter anderen Fragen der internationalen Ordnung, Souveränität, Sicherheit sowie Sanktionen. Bei dem Gipfel wurde ein weiteres Mal bekräftigt, dass vor allem das gegenseitige Vertrauen, der respektvolle Umgang sowie die Berücksichtigung von Interessen des jeweils anderen als Grundlagen für die BRICS-Kooperation gelten. Ein Thema war, dass die BRICS-Gruppe sich Hegemonismus und Machtpolitik widersetzen und intensiver zusammenarbeiten müsse, um eine globale Gemeinschaft der Sicherheit für alle aufzubauen.

Im Zuge des sich abzeichnenden Endes des westlichen Wirtschaftssystems ist die offizielle Ankündigung von Argentinien und der Islamischen Republik Iran vom Juni 2022 bedeutend, BRICS beitreten und ein wichtiger Teil der Vereinigung werden zu wollen. Der Präsident des internationalen BRICS-Forums erwartet, dass auch die Türkei und Ägypten sehr bald beitreten werden. Das sind deutliche und progressive Zeichen für das Ende der westlichen Hegemonie unter angloamerikanischer Führung.

Beim Gipfel 2023 in Johannesburg haben die BRICS-Staaten eine Erweiterung beschlossen: Man habe sich entschieden, sechs Länder zum 1. Januar 2024 neu aufzunehmen, teilte Südafrikas Präsident Ramaphosa als Gastgeber des BRICS-Gipfels mit – darunter seien auch Iran und Saudi-Arabien. Das BRICS-Bündnis will wachsen. Die Gruppe der Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika habe nun beschlossen, Iran, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Äthiopien und Argentinien als „vollwertige Mitglieder“ einzuladen, sagte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa beim Gipfel in Johannesburg.

Dass die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit der erweiterten BRICS-Staatengemeinschaft auf Augenhöhe auf

vertrauensbildenden Maßnahmen aufbaut, haben die Teilnehmer der Konferenz im Jahr 2022 offen bekundet. Chinas Präsident hatte in seinen Eröffnungsworten zum Gipfel gefordert, dass die Staatengruppe mehr „Verantwortung übernehmen“, sich für „Gleichheit und Gerechtigkeit“ in der Welt einsetzen sowie dazu beitragen sollte, dass die internationale Gemeinschaft wirklich multilateral wird. „Wir müssen die internationale Ordnung verteidigen, deren Kern die Vereinten Nationen und das Völkerrecht sind, wir müssen die Mentalität des Kalten Krieges und die Blockkonfrontation aufgeben“, sagte Xi.

Diesbezüglich betonte der russische Staatschef Putin in seiner Rede, dass wir nur auf der Basis einer ehrlichen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit Auswege aus der Krise suchen könnten, in die die Weltwirtschaft wegen der undurchdachten egoistischen Handlungen einzelner Länder geraten sei, die mittels finanzieller Mechanismen ihre eigenen Fehler in der Makroökonomie auf die ganze Welt abwälzten. Eines der herausragenden Ziele dieser progressiven Staatengemeinschaft ist die Absicht einer tiefgreifenden Reform der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Dabei wird sehr wahrscheinlich das Vetorecht der Kriegssiegermächte zuerst enden.

So euphorisch wir auch sind, dass durch die Zusammenarbeit dieser Gemeinschaft der Kollaps des herrschenden Wirtschaftssystems beschleunigt wird, so realistisch ist aber auch erkennbar, dass sich das kapitalistische Wirtschaften von unipolarer auf eine multipolare Ebene verändern soll. Daraus kann man ableiten, dass die Ausbeutung unserer Lebenswelt nunmehr unter Berücksichtigung der Interessen der Partnerstaaten stattfinden wird. Plünderung und Repression gegenüber Menschen und Natur wird dann nicht mehr unipolar durch Weltbank und Welthandelsorganisation gesteuert, sondern multipolar und im Einvernehmen der sich entwickelnden Staatengemeinschaft.

Das sind keinesfalls akzeptable Aussichten für ein ökologisches Gleichgewicht, sondern eine fortbestehende Bedrohung der gesamten Lebenswelt. Außerdem weist China, das wirtschaftlich stärkste Land dieser Staatengemeinschaft, gesellschaftlich in eine menschenverachtende Dystopie. Massive technologische Überwachungssysteme zielen auf eine flächendeckende Kontrolle und Gleichschaltung der Bevölkerung ab. Laut einem Bericht der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen von 2019 verfolgen rund 180 Millionen Kameras das öffentliche Leben, im Jahr 2020 sollten es bereits 600 Millionen sein. Ihre offizielle Bezeichnung lautet „Xue Liang“, was übersetzt so viel wie Adlerauge heißt.

Außerdem will der Staat sein Sozialkreditsystem offiziell einführen, das bereits in einigen Provinzen im Probetrieb läuft. Es ist darauf ausgelegt, das Verhalten der chinesischen Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensbereichen zu erfassen und zu bewerten: Einkaufsgewohnheiten, Zahlungsmoral, soziales Verhalten, Strafregister und Parteitreue. Das chinesische Big-Data-Projekt ist in Größe und Ausmaß beispiellos: Kein anderes Land verfolgt die gesellschaftliche Kontrolle im digitalen Zeitalter ähnlich konsequent wie die Volksrepublik. Der Kontrollwahn Chinas zeigt deutlich, zu welcher abartigen Methoden eine Zentralmacht, in diesem Fall die Kommunistische Partei, fähig ist. Eine die Natur achtende Wirtschaftsweise und ein humanes Gesellschaftssystem sind mit dieser neuen Staatengemeinschaft nicht mal ansatzweise in Sicht.

Zurück zur beschriebenen Auflösung der westlichen Wertegemeinschaft. Wir meinen, dass sich gleichzeitig mit dem aufgezeigten Niedergang der angloamerikanischen Herrschaft und der im Hintergrund agierenden Drahtzieher der Zusammenbruch der Europäischen Union und der NATO ereignen wird. Infolgedessen wird die „deutsche Frage“ in der deutschen und europäischen Politik eine herausragende, sehr wahrscheinlich auch international bedeutende Rolle spielen. Aber jede Krise, auch die

aktuellen, bietet die Chance zur Erneuerung und Neuorientierung.

Die seit Beginn der geplanten Pandemie vergangenen Jahre haben in allen Teilen der deutschen Gesellschaft zu einem Aufwachprozess geführt, der einen kraftvollen Impuls des Willens der politischen Veränderung erzeugt.

Im Zuge der sogenannten Coronamaßnahmen hat die deutsche Regierung Formen von Staatsterrorismus gegen die eigene Bevölkerung praktiziert, etwa Strategien, um Menschen in Ängste zu treiben, sie zu spalten und vor allem zu manipulieren. Davon nahm sie auch Kinder und hilfsbedürftige alten Menschen nicht aus. Das Handeln dieser dafür verantwortlichen politischen Marionetten ist keinesfalls mehr zu legitimieren, und es ist ihnen, soweit dies nicht schon längst geschehen ist, umgehend das Vertrauen zu entziehen. Mit dem beschriebenen Zusammenbruch des zerstörerischen Kapitalismus und seines repressiven Finanzsystems gehen auch die Tage der Herrschaft der gesteuerten politischen Parteien in unserem Land ihrem Ende entgegen.

Die Hintergründe der inszenierten Pandemie und die auf Lügen und geschürter Angst beruhenden Maßnahmen, durchgesetzt mit Gesetzen und Verordnungen durch die politischen Handlanger, haben wir hinreichend erklärt. Darüber hinaus stellt sich zunehmend weltweit heraus, dass die Coronakritiker recht hatten. Sie wurden jedoch von unseren Staatsorganen diffamiert, ausgeschlossen, verhaftet, angeklagt und verurteilt für ihre Aussagen, dass Impfungen unwirksam und gefährlich seien, Tests sinnlos und Masken schädlich. Orchestriert wurde die Lügenkampagne von gekauften und politisch gelenkten Medien des Mainstreams.

Nach mehr als drei Jahren Coronalügen kommen nun die Wahrheiten ans Licht. Zahlreiche wissenschaftliche Studien, Arztberichte, pathologische Impffolgen und unnatürliche Todesfälle

belegen das gigantische Verbrechen unter Mitwirkung unsere Regierung. Der seit Ende Februar 2022 tobende Krieg in der Ukraine, an dem die Bundesregierung Deutschland sich durch Waffenlieferung an die Ukraine und Sanktionen gegenüber dem Aggressor Russland beteiligt, führt sichtbar zum eigenen wirtschaftlichen Kollaps. Das ist auch das Endergebnis, das uns zgedacht ist: nämlich der gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenbruch. Deutschland wird von den USA verheizt, denn wichtiger als deutsche Waffen für die Ukraine ist die Abkehr vom russischen Gas und damit die Vernichtung der deutschen Wirtschaft.

Selbst nach der Sprengung von Nord Stream 1 und 2 schweigen fast alle deutschen Volksvertreter – die Abgeordneten im Bundestag wie auch die Bundesregierung. Die politisch Verantwortlichen in unserem Land haben sich in Zeiten der inszenierten Pandemie und der Kriegshetze gegen alles Russische von den Eliten Angloamerikas instrumentalisieren lassen. Diese Politikaste ist nicht nur völlig ungeeignet, die Interessen Deutschlands zu wahren und Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, sie hat auch an den beschriebenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in unserem Land mitgewirkt.

Selbst ein überwunden geglaubtes Unheil des Nationalsozialismus, der Faschismus, taucht unter der derzeitigen, aber auch unter der vorherigen Regierung unter Merkel, in unserem Land wieder auf.

Wenn Sie jetzt meinen, das würde hier nicht gelten, im Deutschland des Jahres 2023 könne man alles kontrovers diskutieren, dann versuchen Sie doch mal einen Artikel in eine Zeitung zu bringen, der sich kritisch mit der Pandemietheorie der Regierung zu Corona auseinandersetzt, oder einen Artikel, der die Wirkung der Impfung infrage stellt oder die Nebenwirkungen in den Fokus rückt, oder äußern Sie sich mal kritisch zu den kriegsfördernden Maßnahmen

der NATO beziehungsweise der USA von 2013 bis heute in der Ukraine: Sie werden sich wundern, wie schnell Sie zum Pöbel, zum ausgestoßenen Bürger werden. Währenddessen wird jegliche Kritik an Regierung und Maßnahmen weiter kriminalisiert, die Meinung gleichgeschaltet.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit verabschiedete der Deutsche Bundestag am 20. Oktober 2022 eine Änderung des Paragraphen 130 (Volksverhetzung) des Strafgesetzbuches (StGB). Augenscheinlich ist hier im Absatz 5 des StGB eine verklausulierte Norm geschaffen worden, die in dem herrschenden gesellschaftspolitischen Klima zu unerträglichen Urteilen führen könnte, weil diese Strafbestimmung in ihrer Auslegung einen überaus weiten Ermessensspielraum für Staatsanwaltschaft und Gerichte bietet. Im Klartext bedeutet das nämlich: Wer sich in einer Weise öffentlich äußert, die unerwünscht ist und von der Obrigkeit missbilligt wird, kann womöglich streng bestraft werden. Das ist unmissverständlich ein weiterer Schritt zur Einschränkung von Grundrechten, insbesondere der Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Freiheit der Wissenschaft.

Das bedeutet, dass nach neuer Gesetzeslage angeklagt werden kann, wer von der verordneten Meinung, Russland sei „das Reich des Bösen“, abweicht. Der Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels für das Jahr 2022, der Ukrainer Serhij Schadan, kann unangefochten in seinem prämierten Buch „Himmel über Charkow“ schreiben: „Die Russen sind Barbaren, sie sind gekommen, um unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere Bildung zu vernichten (...), brennt in der Hölle, ihr Schweine.“ Angesichts einer solchen Friedensauffassung scheint den Volksvertretern im Bundestag, die für die Gesetzesänderung gestimmt haben, die Tragweite ihrer Zustimmung anscheinend überhaupt nicht bewusst gewesen zu sein. Nur ein Beispiel: Wer künftig die – bisher unbewiesene – russische Täterschaft an den Morden in Butscha in Zweifel zieht, kann womöglich ernsthafte Probleme bekommen.

Soll demnach etwa auch bestraft werden, wer nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Ukrainekrieg fragt? Damit wären dann die Relikte einer Debattenkultur in Deutschland der um sich greifenden Intoleranz und politischen Fanatisierung endgültig zum Opfer gefallen, und Geschichtsforschung wäre mit dem Risiko einer Inhaftierung verbunden. Das sagt jedenfalls einiges über den Intellekt der Menschen aus, die vorgeben, im Bundestag für das Staatswohl sorgen zu wollen. Die aktuelle faschistische Gesetzesänderung sowie die beschriebene totale Unfähigkeit der Bundesregierung, in Krisenzeiten Staat, Bürger und Gesellschaft zu schützen, müssen nach unserer Auffassung zu einem unverzüglichen Rücktritt der nicht nur unfähigen, sondern auch gemeingefährlichen Regierung sowie zur Auflösung des Bundestages führen.

Sehr wahrscheinlich werden Sie jetzt denken: Ja, an dem bisher Beschriebenen ist ja vieles wahr und nachvollziehbar, gut recherchiert, furchtbar, schon in sich konsistent. Aber, bitte, wie soll aus diesen empörenden und katastrophalen Ereignissen eine hoffnungsvolle Zukunft entstehen können? Das ist doch unmöglich! Scheinbar umgibt viele von uns ein undurchdringlicher dichter Nebel, der eine klare Sicht verhindert und einen möglichen Weg nicht erkennen lässt.

Im Laufe des nachfolgenden Berichts wird sichtbar, wie sich die Nebelschwaden aufzulösen beginnen und die Sicht für einen Weg frei machen, der an der weiteren Vernichtung des Lebens und der Menschheit vorbeiführt. Vorerst muss noch in einem kurzen Abriss verdeutlicht werden, weshalb wir dringend diesen neuen Weg gehen müssen:

Die aufklärenden Fakten und Enthüllungen dieser Schrift belegen, dass Kriege, gewaltsame Konflikte, Pandemien, Epidemien sowie die Zerstörungen unserer gesamten Lebenswelt gemacht, ja inszeniert wurden und werden. Die bekannten Folgen wie Tod durch Kriege,

Verhungern unschuldiger Menschen, meistens Kinder, sowie die Vernichtung der Biodiversität können wir nur als millionenfachen Mord bezeichnen. Außerdem wird die Zerstörung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen, innerhalb und zwischen den Gesellschaften, durch ständiges Schüren von mannigfacher Angst und Lügen absichtsvoll provoziert. Die Verursacher und ihre Ziele sind eindeutig identifiziert. Es ist die mörderische und teuflische Machtbesessenheit einer kleinen Gruppe psychopathischer Individuen.

Unsere Analyse im Kontext von Herrschaft: Eigentum generiert Macht. Je größer die Konzentration von Eigentum, desto größer die Macht der Besitzenden. Die apokalyptische Gegenwart und die todbringenden Gewaltorgien der Vergangenheit sind das Ergebnis der Machtgier entarteter Eliten. Der Zusammenhang, die Wechselbeziehung ist unserer Meinung nach eindeutig und seit Tausenden Jahren gleichartig: Es handelt sich dabei um die von den Herrschenden erzwungene Möglichkeit des unbegrenzten Eigentums. Damit lässt sich Machtkonzentration erreichen, Neid und Misgunst herstellen, Empathie unterdrücken und Kapitalismus betreiben.

Mit dieser Erkenntnis beginnt der Nebel sich plötzlich aufzulösen. Die Sicht wird klarer, ein Weg aus diesem Teufelskreis sichtbar, der es ermöglicht, eine zukünftige Welt zu realisieren, in der das private Eigentum begrenzt wird und sich Gemeinwohl entfalten kann. Besonders wir Deutschen können zu diesem unabdingbaren, grundlegenden Wandel und gesellschaftlichen Umbruch einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Die fremdgesteuerte politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands haben wir hinreichend aufgezeigt und dabei die nahezu totale Konditionierung der Bevölkerung offengelegt. Den wenigsten Menschen in Deutschland war bisher bekannt, dass dieses Land keine Souveränität besitzt, dass seit Bestehen der

Bundesrepublik Deutschland keine Regierung freie Entscheidungen treffen konnte. Seit fast vier Generationen, seit Kriegsende, werden wir fremdbestimmt.

Die Protagonisten der Coronakrise waren mit einer auf Angst basierenden Massenpsychose und einer zunehmenden Bevölkerungskontrolle in unserem Land vermeintlich besonders erfolgreich.

Vermeintlich deshalb, weil der angenommene Erfolg der global agierenden Eliten sich nun als Pyrrhussieg erweist, besonders in unserem Land, in Deutschland. Denn die Mischung aus Akzeptanz und Angst erklärt sich durch die jahrzehntelange Konditionierung und Gehirnwäsche der Menschen.

Und durch die sich täglich verstärkenden Informationen lässt sich die Wahrheit über die Verursacher und deren Absichten bezüglich der geplanten Pandemie, der Impfstrategie sowie der inszenierten Kriege und Bedrohungen nicht länger verbergen. Die Realität ist offenkundig. Vor allem die infamen Lügen der Politiker und Regierungen, die uns seit mehr als 70 Jahren verheimlichen, dass wir kein souveräner, freier Staat sind, sorgen für große Empörung und einen totalen Vertrauensbruch gegenüber dem verlogenen Parteiensystem und seiner Protagonisten. Seit Beginn der Coronahysterie ist eine wachsende Widerstandsbewegung entstanden, in der zahlreiche Personen und Organisationen aus allen Gesellschaftsbereichen ihre Meinungen zum Coronawahnsinn, zu politischen Grundrechtsverletzungen, Repressionen der Regierung und Behörden veröffentlichen.

Da offensichtlich auch die Judikative bis zum Bundesverfassungsgericht politisch gesteuert ist, nehmen die Proteste und Demonstrationen gegen die Bundesregierung unvermindert zu. Während das gigantische Lügengebäude mit jeder weiteren Enthüllung sukzessive zusammenbricht, ist der

Aufwachprozess in Deutschland fast körperlich spürbar. Der Widerstand gegen die Lügen der Politik und der Medien, gegen die Fremdbestimmung unseres Landes, gegen die globale, zerstörerische Wirtschaftsform hat wesentliche Teile unserer Gesellschaft erfasst. Das Verlangen der Menschen nach Neuordnung wird immer drängender und verweist darauf, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass jetzt etwas geschehen muss, dass wir so wie bisher nicht weitermachen dürfen, dass wir eine tiefgreifende Veränderung der kapitalistischen Lebensform erreichen müssen, die alle Gesellschaftsbereiche und die gesamte Natur umfasst.

Dass das nur mit einem Gesellschaftsvertrag zu erreichen ist, der von der Mehrheit der Bürger unseres Landes beschlossen wird, dürfte jedem klar sein, denn das Grundgesetz ist lediglich ein ordnungsrechtliches Instrumentarium der Siegermächte. Artikel 146 des Grundgesetzes schränkt dessen Geltung ein auf die Zeit bis zum Inkrafttreten einer Verfassung, die vom gesamten deutschen Volk nach dessen Wiedervereinigung in freier Entscheidung beschlossen wird. Das passte aber seinerzeit nicht zum geopolitischen Konzept der angloamerikanischen Zwangsherrschaft. Entsprechend handelten unsere politischen Marionetten und taten diesbezüglich – nichts!

Die sich zuspitzenden geschilderten Ereignisse sind für unser Land eine große Chance, Souveränität zu erreichen, eine zukunftsweisende, global beachtenswerte Verfassung zu generieren und damit auch entscheidend an einer friedlichen Nachkriegsordnung in Europa mitzuwirken.

Die Konzeption und Ausarbeitung einer neuen Verfassung wird keine einfache, aber eine bedeutungsvolle Aufgabe für ein souveränes Deutschland und seine Bevölkerung sein. Wir können uns vorstellen, dass zum Beispiel diese neue Verfassung die

Produktion von Kriegswaffen verbietet und jede Art von Krieg ächtet. Dass der Gesellschaftsvertrag eine Politik vorgibt, die jegliches Wirtschaften, natürlich auch Kreativität und Innovation in den Dienst der Menschen stellt und gemeinwohlorientiertes Handeln das Ziel ist. Er soll zu einer friedlichen, die Natur achtenden Welt beitragen.

Technische und wissenschaftliche Erkenntnisse im überaus wichtigen Energieerzeugungsbereich, exemplarisch kalte Fusion, Neutrinopower und freie Energie, wie auch auf dem Gebiet der Medizin, quasi im gesamten Wissenschaftsbereich, müssen der Bevölkerung und der gesamten Ökonomie dienlich sein und dürfen keinesfalls mehr durch kommerzielle Interessen unterdrückt werden. Um Korruption und Amtsmissbrauch von vornherein auszuschließen, werden das Berufspolitikertum abgeschafft und politische Parteien verboten. Wir gehen davon aus, dass diese neue Verfassung die jahrzehntelange Übertragung von staatlichen Einrichtungen in private Hände durch eine umfangreiche Enteignung rückgängig machen wird und die perversen Eigentumskonzentrationen revidiert.

Wir kommen noch einmal zurück auf das herausragende und die Zukunftsfähigkeit der Menschheit bestimmende Element des neuen Gesellschaftsvertrages, nämlich die Begrenzung persönlichen Eigentums sowie die Machtbeschränkung der Amtsträger in sämtlichen staatstragenden Einrichtungen.

Die Kraft dieses Elements, der Kern der tiefgreifenden Veränderung, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, sie ist zweifellos gigantisch! Durch die Eigentumsbeschränkung ist eine Machtkonzentration, die auf Reichtum basiert, nicht mehr möglich. Weder durch einzelne Personen noch durch Organisationen. Das wird die Menschheit unmittelbar von einer militarisierten Geopolitik befreien, in deren Mittelpunkt seit Jahrhunderten die gewaltsame Kontrolle über reichhaltige Kohle-, Erdöl- und

Erdgaslagerstätten steht. Das Geldsystem als globales Beherrschungsinstrument wird unverzüglich seine Macht verlieren und zum Gegenstand seiner ursprünglichen Bestimmung, nämlich zum Tausch- und Zahlungsmittel werden. Der Kapitalismus, der unsere Kinder und die Gesellschaft frisst, wird zusammenbrechen. Infolge weicht Konkurrenzverhalten in Beruf, Bildungswesen, Privatleben, in der gesamten Wissenschaft einem friedlichen, würdevollen und auf Kooperation ausgerichteten Verhalten. Achtsamkeit und Liebe gegenüber der gesamten Natur werden wieder in unserem Wesen erblühen.

Welche Richtung wir unserer Meinung nach einschlagen müssen, um zu all den vorgenannten, fantastisch anmutenden, aber durchaus realistischen Veränderungen zu kommen, erklären wir jetzt:

Der erste, bedeutendste Schritt auf dem Weg der Totalrevision ist die Befreiung von den politischen Marionetten in Regierung und Parlament. Deshalb fordern wir den unmittelbaren Rücktritt der Bundesregierung, die Auflösung des Bundestages und die Bildung einer Interimsregierung aus vertrauenswürdigen Staatsbürgern.

Die Aufgaben dieser Übergangsregierung sind unter anderem, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und umgehend eine Neuwahl des Bundestages, unter Ausschluss politischer Parteien, zu organisieren. Dazu einige Vorschläge, die wir in unserem Buch „Demokratie versus Parteienherrschaft“ schon näher beschrieben haben:

- In jedem Wahlkreis bewerben sich nur noch Direktkandidaten.
- Der Kandidat, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, zieht in den Bundestag ein.
- Landeslisten, die von den Parteien aufgestellt und mit der Zweitstimme gewählt werden, gibt es nicht mehr. Weil Überhangmandate wegfallen, wird die Größe des Bundestages mehr als halbiert.
- Kandidieren kann jeder Bürger, der im Wahlkreis wohnt und das passive Wahlrecht besitzt. Hierzu benötigt er 250 unterstützende Unterschriften von wahlberechtigten Mitbürgern aus dem Wahlkreis.
- Die Reihenfolge, in der die Kandidaten auf den Stimmzetteln stehen, wird ausgelost.
- Die zuständige Behörde organisiert öffentliche Veranstaltungen, bei denen die Kandidaten sich vorstellen.

Nachfolgend wird in Vorbereitung und Beratung für eine neue Verfassung eine verfassunggebende Versammlung gebildet. Der Ökonom und Philosoph Professor Dr. Wolfgang Berger, den wir im oben genannten Buch zitiert haben, erklärte dazu, dass die neue verfassunggebende Versammlung aus 100 Personen gebildet werden solle, denn 100 Personen seien arbeitsfähig, weil jeder jeden kenne, und meint weiter, dass 40 von ihnen Wissenschaftler, Richter, Verwaltungsjuristen, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Wahlbeamte und Parlamentarier sein sollten, die sich selbst vorschlagen oder von ihren Institutionen vorgeschlagen werden könnten. Jedes Landesparlament würde aus dieser Vorschlagsliste eine anteilige Zahl von Personen auswählen und sie in die verfassunggebende Versammlung entsenden. Diese Personen würden mit Dreiviertel der Parlamentssitze unter Einbindung der gesamten Opposition gewählt. 60 Mitglieder dieser Versammlung würden über die Einwohnerregister der Wahlberechtigten mit einer qualifizierten Zufallsauswahl aus der Mitte der Bevölkerung rekrutiert werden. Das Losverfahren orientiere sich neben regionalen an demografischen Kriterien – Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Beruf

—, sodass diese Vertreter die Struktur der Gesamtbevölkerung damit spiegeln würden. Zahlreiche Losdurchgänge würden so lange durchgeführt, bis die erzielte Auswahl der Zusammensetzung der Bevölkerung entspräche.

Zusätzlich würden Ersatzkandidaten benannt, falls einzelne ausgeloste Bürger den Ruf zur Mitwirkung in der verfassungsgebenden Versammlung nicht annähmen. Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung solle ein Bundesrichter sein, der von den Mitgliedern der Versammlung mit einer Dreiviertelmehrheit gewählt werde. Der erarbeitete Verfassungsentwurf muss von der Bevölkerung als oberstem Souverän in einer Volksabstimmung genehmigt und freigegeben werden. Der Prozess der Vorbereitung dieser Abstimmung wird die meisten Wähler veranlassen, sich mit dem Entwurf und seinen Folgen — also mit dem politischen System — zu beschäftigen. Wird der Entwurf vom Souverän — dem Volk — nicht gebilligt, muss erneut beraten werden.

Wie schon erwähnt, kann Deutschland Vorreiter und Vorbild für eine ganz besondere Verfassung werden. Durch diese Zäsur wird unsere Demokratie nicht vergehen, im Gegenteil: Sie wird endlich wiedererwachen und aufblühend zu einer wahren Herrschaft des Volkes werden. Seien wir uns bewusst, dass die herrschenden Eliten und ihre Marionetten aus Politik und Wirtschaft uns schon viel zu lange durch Angst und Lügen die Wege verbaut haben, auf denen alle Menschen ihre Würde wiedererlangen. Es sind die friedvollen Wege in uns, die zum Frieden in unserem Land und zum Frieden auf der Welt führen müssen. Mit einer neuen Verfassung — hin zu einer wahren Demokratie — werden die menschlichen Eigenschaften und Bedürfnisse wie Vertrauen, Wertschätzung, Liebe, Empathie, Gemeinschaftssinn, Solidarität und Gerechtigkeit sowie Achtsamkeit gegenüber der gesamten Natur, deren Teil wir Menschen sind, wieder wesentlich zu unserem Lebensinhalt werden.

Das ist ein Weg aus der Sklaverei, der Ausbeutung, der Angst, Unterdrückung und Vernichtung. Es ist ein verheißungsvoller, zukünftiger Weg für die Menschheit. Wir gehen gemeinsam diesen Weg – für uns, für unsere Kinder und Kindes Kinder, für die nachfolgenden Generationen, für unsere gesamte Lebenswelt.

Schlusswort

„Demokratie versus Parteienherrschaft“ ist gesellschaftspolitisch das brisanteste Buch, das die Gemeinschaft für Frieden und Gerechtigkeit (GFG) bisher veröffentlicht hat. Wir haben erklärt, mit welchen perfiden Methoden die Menschen davon abgehalten werden, gegen die real existierenden Bedrohungen vorzugehen, die das Überleben unserer Spezies auf diesem Planeten gefährden. Das Buch beschreibt und macht auch offensichtlich, weshalb bereits die bloße Vorstellung von der Gefährlichkeit eines Virus die Menschen in Angst und Schrecken versetzt und sie sich widerstandslos den behördlich verordneten Rettungsprogrammen fügen.

Es ist offenkundig, dass die Eliten und ihre Protagonisten aus Industrie und Politik die Menschen in den Industriegesellschaften mithilfe von Psychologen lebenslang systemisch in Angst gefangen halten.

Unser Buch will helfen, diese Angst zu nehmen, die Lüge zu entlarven, die Wahrheit über die Natur unserer Existenz zu erklären und die böartigen Absichten der Herrschenden zu verdeutlichen. Mit der Aufklärung über den Zustand der gesamten Natur und der aufgezeigten und ungenannten Möglichkeiten grundlegender Neuorientierung beabsichtigen wir, an der revolutionären Reform menschlichen Zusammenlebens mitzuwirken.

Zum Gelingen dieser Schrift haben gute Freunde durch Lesen und Beurteilen der jeweils verfassten Kapitel beigetragen. Für diese

wertvolle Unterstützung bedanken wir uns von ganzem Herzen.
Wenn dieses Buch wertvoll für Sie war, behalten Sie es bitte nicht.
Geben Sie es weiter oder erzählen Sie Ihrer Familie, Freunden und
Bekanntem davon. Dadurch helfen Sie mit, die überfällige
Transformation zu verwirklichen.

<https://www.kulturkaufhaus.de/de/detail/ISBN-9783347869448/Gemeinschaft-f%C3%BCr-Frieden-und-Gerechtigkeit-GFG/Angst-und-L%C3%BCge>

Hier können Sie das Buch bestellen: „Angst und Lüge“

<https://www.kulturkaufhaus.de/de/detail/ISBN-9783347869448/Gemeinschaft-f%C3%BCr-Frieden-und-Gerechtigkeit-GFG/Angst-und-L%C3%BCge>“



Ernst Hellmann, Jahrgang 1952, ist seit 2014 im Ruhestand. Seit 2010 ist er Mitglied und Autor der **Gemeinschaft für Frieden und Gerechtigkeit**, die das Ziel verfolgt, die zunehmenden Ungerechtigkeiten in den weltweiten Gesellschaften sowie die scheinbar unaufhaltsame Zerstörung unserer Lebenswelt durch das Handeln der globalen Politik- und Wirtschaftseliten zu verdeutlichen.